

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 36 (1957)
Heft: 7

Artikel: Die sowjetische Wirtschaftsreform
Autor: Bardach, M.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-336997>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

der Presse und der Versammlungen aller arbeitenden Klassen. Freie Neuwahlen in die Fabrikkomitees, in die Gewerkschaftsverbände und in die Sowjets.» Im Programm der revolutionären, aufständischen Matrosen wurde die politische Schlußfolgerung mit erstaunlicher Klarheit gezogen. Es hieß dort: «Lassen wir die trügerische Lösung ‚Diktatur des Proletariats‘ fallen! Nieder mit der Diktatur der Kommunisten! Hier ist ein Aufstand begonnen, um die Befreiung vom Joch und der Willkür der kommunistischen Regierung, in Vergleich mit denen sogar das 300jährige Joch des Monarchismus verblaßt. Hier in Kronstadt ist der Eckstein der dritten Revolution gelegt worden, die die arbeitenden Massen von ihren letzten Ketten befreit und einen neuen Weg zum sozialistischen Aufbau einschlägt. Der jetzige Umsturz erlaubt endlich den arbeitenden Massen, ihre frei gewählten Sowjets zu haben, die ohne jeden zwangsmäßigen Druck seitens der Partei arbeiten können, erlaubt, die bürokratischen Gewerkschaftsverbände in freie Organisationen zur Vereinigung der Arbeiter, Bauern und der arbeitenden Intelligenz umzugestalten.»

Leider ging der Traum der Kronstädter Matrosen nicht in Erfüllung, aber die Saat, die sie gesät haben, wird immer wieder keimen. Ungarns Oktoberrevolution hat diese Wahrheiten unterstrichen und erneut mit edlem Blut besiegt. Die Sozialistische Internationale hat die Lehren in ihrem Programm gezogen und weist klar den Weg zu einem demokratischen Sozialismus, in dem auch die Bauern ihren würdigen Platz haben werden in Freiheit und ohne Verletzung der Menschenrechte!

F. N. P.

DR. M. BARDACH

Die sowjetische Wirtschaftsreform

Die Entwicklung der sowjetischen Wirtschaft war schon lange Zeit durch die alten Methoden gehemmt. Diese Methoden wurden zu Fesseln des wirtschaftlichen Fortschritts. Die Zentralisierung der Planung und Entscheidungen, die Benachteiligung der Konsumenten, die ununterbrochen erhöhten Normen, die Wettbewerbe nach schwerer achtstündiger Arbeit führten zur Bürokratisierung auf allen Arbeitsgebieten, zum Ausweichen vor der Verantwortung, zum Erlahmen der Initiative, zur Gleichgültigkeit gegenüber der Qualität der Produkte und den Gestehungskosten und im Endergebnis zu einer geringen Produktivität der Arbeit.

Nach Stalins Tod wurde zwar der Druck auf den einzelnen Arbeiter gemildert, es wurden auch verschiedene Schritte zur Dezentralisierung der

Planungs- und Verwaltungsfunktionen unternommen, es wurde der Rationalisierung mehr Aufmerksamkeit geschenkt, man war bestrebt, sich die Errungenschaften der Technik anzueignen. Der Druck an der Wirtschaftsfront ließ nach, die harten Arbeitsgesetze vom Jahre 1940 wurden zum Teil aufgehoben. Im Jahre 1956 wurde die Arbeitswoche um zwei Stunden verkürzt. Auch soziale Maßnahmen, wie Rentenerhöhungen, Lohnverbesserungen für die untersten Lohngruppen, Schulgeldbefreiungen für Hochschulstudenten, zeugten von einem «liberalen» Kurs, den Stalins Epigonen einschlugen.

Die Versuche von Stalins Nachfolgern, Verwaltung und Planung zu dezentralisieren, den angeschwollenen Beamtenapparat zu verringern, dem Papierkrieg ein Ende zu bereiten, dauern bereits einige Zeit. Trotzdem wuchs die Macht der Direktoren weiter. Die Dezentralisierung der Planung und Verwaltung der Industrie nach dem *territorialen* Prinzip und auf der Ebene der Republiken milderte zwar die Schwerfälligkeit des bürokratischen Apparates, warf aber neue Probleme der Koordinierungen und Kontrolle auf. Die Materialzuweisung und Materialverteilung hapernten aber weiter, die Schwächen der Planung sind nicht verschwunden, sie bestehen immer noch. Der Wirtschaft fehlte ein größerer Spielraum für ihre Kalkulationen. Aus der Dezentralisierung wurden keine politischen Konsequenzen gezogen. Zwischen den dezentralisierten Wirtschaftsorganisationen und der Kommunistischen Partei, die nicht dezentralisiert wurde, bestand ein Widerspruch, der auch jetzt nach der neuen Wirtschaftsreform weiterbesteht.

Nachdem zwei Tagungen des ZK der Kommunistischen Partei der Sowjetunion sich mit den Problemen einer Wirtschaftsreform befaßt haben, veröffentlichte die «Prawda» am 30. März 1957 Chruschtschews Thesen zum Referat «Über die weitere Vervollkommnung der Verwaltung der Industrie und des Bauwesens», über das er im Auftrage des ZK der Kommunistischen Partei und des Ministerrates der Sowjetunion auf der Sitzung des Obersten Sowjets am 7. Mai 1957 referierte. Die Thesen wurden in der Presse und auf Versammlungen vor der Sitzung des Obersten Sowjets eingehend diskutiert. Sie enthielten drei wesentliche Punkte. Die Thesen forderten eine radikale Dezentralisation der administrativen Struktur der sowjetischen Volkswirtschaft. Die Industrieministerien sollten aufgehoben werden. Es sollten wirtschaftliche Regionen errichtet werden. Die Verwaltung der Industrie und der Bautätigkeit sollte den *Volkswirtschaftsräten* – Sownarchosen – obliegen. Die Thesen legten allen sozialen Gruppen auf dem Gebiet der Sownarchosen eine Verantwortung für die Verwaltung auf und betonten, daß die Dezentralisation keine zentrifugalen Tendenzen hervorrufen dürfe.

Die zentrale Planungskommission müsse die Tätigkeit der Sownarchosen im allgemeinen Interesse koordinieren. Das staatliche Kontrollministerium und die lokalen Parteisektionen müßten über die Tätigkeit der neuen Verwaltungsorganisation wachen. Das ist einer der wesentlichsten Punkte der Thesen, die Kommunistische Partei will sich nicht ihren Einfluß über den Wirtschaftsprozeß von den Wirtschaftsmanagern entziehen lassen.

Es ist interessant, wie Chruschtschew, der wahrscheinlich während seiner Amtsperiode die Macht der sowjetischen Industriefürsten zu spüren bekam, die Notwendigkeit der Strukturveränderung der sowjetischen Wirtschaft begründete. Nachdem er in aller Offenheit erklärte, daß die alte stalinistische Wirtschaftsorganisation zum Chaos führe – dieses Chaos herrscht unseres Wissens nach bereits länger als ein Jahr –, gab er zu, daß die sowjetische Wirtschaft schwerfällig ist und daß sich ihre Schwerfälligkeit noch vergrößern würde, wenn die gegenwärtige Struktur weiterbestünde. Er betonte die Notwendigkeit der Zentralisierung zu Beginn der Industrialisierung und verteidigte die zentralistischen Fachministerien, die sich von den anderen Ministerien abschlossen und eine Autarkie innerhalb ihres Wirtschaftszweiges einführten. Chruschtschew konstatierte sogar, daß diese autarkischen Industrieministerien das Wachstum der sowjetischen Wirtschaft förderten.

Aber die Vermehrung der Betriebe und ihre immer wachsende Kompliziertheit, die Neugründungen von Ministerien und ihr sich fortwährend erweiternder Wirkungskreis führten zu einer Zersplitterung der Kräfte der Zentralregierung, zu einer Schwächung der Konzentration. Gegenwärtig verfügt Sowjetrußland über genügende Kader. Die verschiedenen Wirtschaftszentren arbeiten jetzt besser als früher. Chruschtschew lehnte eine weitere Zersplitterung der Organe der Zentralregierung ab und trat für eine Konzentration der Kräfte auf regionaler Basis ein. Das ist die von Chruschtschew vorgeschlagene Dezentralisation.

Wie bereits oben erwähnt wurde, sind nach Stalins Tod Versuche zu einer Änderung der Struktur auf administrativem Gebiet der Wirtschaft, vor allem auf dem Gebiet der Materialversorgung der Betriebe unternommen worden. Der Gosplan wurde in eine langfristige Planungskommission und in eine Wirtschaftskommission geteilt, der die Tätigkeit der Koordinierung der Ministerien oblag. Aber es trat keine Besserung auf dem Gebiet der Zulieferindustrien ein. Auch in der Planung klappte es nicht. Aber weder Chruschtschew noch die Wirtschaftsmanager suchten den Fehler dort, wo er wirklich lag: in der Ausschaltung der Bevölkerung von der Teilnahme an der Verwaltung, die selbst in Jugoslawien in der Kommune ihren Ausdruck fand.

Es waren aber nicht nur technische Ursachen, die Chruschtschews Thesen

über die Dezentralisation der Industrieverwaltung veranlaßten. In den letzten zwei Jahren ist die Macht der Betriebsleiter, der Leiter der Trusts und Kombinate gewachsen. Auch das Gesicht der russischen Arbeiterschaft hat sich verändert. Die in die Fabriken aus dem Dorf gekommenen Bauernsöhne haben sich den russischen städtischen Arbeitern assimiliert. Sie sind selbstbewußter geworden und haben sich mit den städtischen Arbeitern solidarisiert. Das VI. Plenum des Zentralrates der Unionsgewerkschaften forderte eine parallel zu den Volkswirtschaftsräten laufende Dezentralisation der Gewerkschaften eine Verringerung der verhaßten «permanenten» Gewerkschaftsfunktionäre und Erweiterung der Rechte der von den Arbeitern gewählten Betriebsräte, wie auch eine strenge Bestrafung der Direktoren, die die Beschlüsse der Betriebsräte mißachten. Die Betriebsräte sollen an der technisch-finanziellen Planausarbeitung teilnehmen. Somit würden die Rechte der Betriebsräte erweitert werden – aber über das wichtigste Recht der Arbeiter und ihrer gewählten Vertretung, an der Ausarbeitung der Kollektivverträge teilzunehmen, schwieg sich das Gewerkschaftsplenum aus.

Durch die Erweiterung der Rechte der Betriebsarbeiter, vor allem an der technisch-finanziellen Ausarbeitung des Plans teilzunehmen, werden die Direktoren einer Kontrolle durch die Belegschaft unterworfen. Aber auf die Betriebsleitung selbst wird den Betriebsräten kein Einfluß zugestanden. Die Betriebsleitung ist ausschließlich den Direktoren vorbehalten. Die Kontrolle der Direktoren durch die Arbeiter sollen das staatliche Kontrollamt und die lokalen Sektionen der Parteiorganisationen, deren Funktionen erweitert werden sollen, organisieren. Bei diesbezüglichen Differenzen zwischen den Arbeitern und dem Direktor soll der kommunistische Parteiapparat der Schiedsrichter sein. Damit wird die politische Bedeutung der Reform beschränkt. Die Prärogativen des Parteiapparates bleiben.

In der Pressediskussion kam der Gegensatz zwischen dem Parteiapparat und den Direktoren zum Vorschein. Während die Direktoren stets nur ihre materiellen Forderungen, wie zum Beispiel Erhöhung der materiellen Anreizmittel, anmeldeten, forderten die Funktionäre des Parteiapparates im allgemeinen Interesse eine Klarstellung der Rolle der Arbeiterschaft und des Parteiapparates.

Die neugeschaffenen wirtschaftlichen Regionen werden laut Beschuß des Obersten Sowjets am 7. Mai 1957 von den Obersten Sowjets der Republiken errichtet, die Sownarchosen vom Ministerrat der Republiken organisiert und ihm unterstellt. Der Beschuß, daß der Ministerrat der Sowjetunion die Leitung der Sownarchosen durch den Ministerrat der Republiken verwirklicht, ist nochmals eine Warnung vor zentrifugalen Tendenzen der Republiken.

Daß diese Dezentralisation keinesfalls die zentralistischen Tendenzen be-

seitigt, daher auch wie vorher nur ein Flickwerk ist, das eine entscheidende Lösung des Wirtschaftschaos nicht bringt, bezeugt die Resolution über den Gosplan. Der Gosplan soll ein wissenschaftlich-planwirtschaftliches Organ der Volkswirtschaft sein. Ihm wurde auferlegt:

«ein allseitiges Studium der Bedürfnisse der Volkswirtschaft und die Ausarbeitung der laufenden und perspektivischen Pläne zur Entwicklung der Volkswirtschaft unter Berücksichtigung der Errungenschaften von Wissenschaft und Technik, ferner die Durchführung einer zentralisierten Politik in der Entwicklung der wichtigsten Zweige der Volkswirtschaft, ferner auf Grund der Sicherung einer richtigen Verteilung der Produktivkräfte des Landes und einer proportionellen Entwicklung aller Zweige der Volkswirtschaft, eine Ausarbeitung der Pläne für die materiell-technische Versorgung der Volkswirtschaft und Sicherstellung der Kontrolle für eine bedingungslose Einhaltung der staatlichen Disziplin und Verwirklichung der Lieferungen der Industrieproduktion.»

Die Dezentralisation der sowjetischen Wirtschaft, wie sie auf Grund des Referates von Chruschtschew vom Obersten Sowjet beschlossen wurde, ist keine wirtschaftliche Dezentralisation. Sie erkennt dem Gosplan Kompetenzen zu, die früher den Ressorts oblagen, wie auch die Durchführung einer einheitlichen Zentralisierungspolitik in der Entwicklung der wichtigsten Wirtschaftszweige. Somit sind die Kompetenzen des Gosplans, der schon früher mit seinen Aufgaben nicht fertig wurde, erweitert worden. Damit ist der Erfolg der Dezentralisierung in Frage gestellt. Schließlich scheint Chruschtschew, allem Anschein nach nicht ohne Absicht, vergessen zu haben, daß eine erfolgreiche Dezentralisierung nur in einer demokratischen Gesellschaftsordnung möglich ist, wo jedem Bürger das Recht einer freien Kritik zusteht. Eine solche Gesellschaftsordnung erfordert die Existenz unabhängiger, nicht von oben dirigierter Gewerkschaften, deren gewählte Vertreter die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber dem Arbeitgeberstaat vertreten.